Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung (EGStPO)

vom 11. Februar 2009

Der Grosse Rat des Kantons Wallis

eingesehen Artikel 445 der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO);
eingesehen die Artikel 31 und 42 Absatz 1 und 2 der Kantonsverfassung;
auf Antrag des Staatsrates,

verordnet:

1. Kapitel: Gegenstand des Gesetzes

Art. 1 Bundesrechtliche Straftaten

¹Unter Vorbehalt der Bestimmungen des Bundesrechts regelt dieses Gesetz die Zuständigkeiten der mit der Verfolgung und Beurteilung von Straftaten durch das Bundesrecht beauftragten Behörden.

²Es beinhaltet im Weiteren ergänzend zur Schweizerischen Strafprozessordnung die kantonalrechtlichen Bestimmungen.

³Die kantonale Spezialgesetzgebung bleibt vorbehalten.

Art. 2¹ Kantonalrechtliche Übertretungen

Das vorliegende Gesetz bezeichnet die für den Bereich der kantonalrechtlichen Übertretungen zuständigen Behörden (Art. 11) und regelt das anwendbare Verfahren (Art. 38 Abs. 2).

Art. 3 Gleichstellung von Mann und Frau

Im vorliegenden Gesetz gilt jede Bezeichnung der Person, des Statuts oder der Funktion in gleicher Weise für Mann oder Frau.

2. Kapitel: Strafbehörden

1. Abschnitt: Polizei

Art. 4 Bundesrechtliche Straftaten

¹Die Kantonspolizei ermittelt Straftaten aus eigenem Antrieb, auf Anzeige von Privaten und Behörden sowie im Auftrag der Staatsanwaltschaft; dabei untersteht sie der Aufsicht und den Weisungen der Staatsanwaltschaft.

²Bei Gefahr im Verzug oder auf Ersuchen können die Kantonspolizei und die Gemeindepolizei bei Untersuchungsmassnahmen mitwirken. Die Aufgabenleitung obliegt der Kantonspolizei. Die Spezialgesetzgebung bleibt vorbehalten.

312.0

- 2 -

Art. 5 Kantonrechtliche Übertretungen

¹Die Kantonspolizei untersucht kantonrechtliche Übertretungen aus eigenem Antrieb, auf private und behördliche Anzeige hin, sowie im Auftrag der Staatsanwaltschaft; diesbezüglich ist sie der Aufsicht und den Weisungen der Staatsanwaltschaft unterstellt. Sie kann Aufgaben der Gemeindepolizei übertragen und ihre Mitarbeit anfordern.

²Die Gemeindepolizei untersucht Übertretungen des Polizeireglements aus eigenem Antrieb, auf private oder behördliche Anzeige hin. Die Gemeindepolizei kann die Mitarbeit der Kantonspolizei anfordern.

³Ohne gegenteilige Bestimmung sind die Bestimmungen der Schweizerischen Strafprozessordnung auf die Untersuchungshandlungen anwendbar.

2. Abschnitt: Staatsanwaltschaft

Art. 6 Zuständigkeit des Generalstaatsanwalts

¹Der Generalstaatsanwalt organisiert und leitet die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft im Kanton und gewährleistet eine einheitliche Kriminalitätsbekämpfung.

²Er wacht über den guten Gang der regionalen Ämter der Staatsanwaltschaft und leitet nötigenfalls die ihnen anvertrauten Verfahren, indem er namentlich auf die Einhaltung des Beschleunigungsgebots achtet.

³Er wacht über die gleichmässige Verteilung der Arbeitslast zwischen den Vertretern der Staatsanwaltschaft.

⁴Er ist zuständig für:

- a) den Erlass von Instruktionen und Weisungen für die Oberstaatsanwälte, Staatsanwälte und Substitute, die Polizei und die Behörden, in den von der Strafuntersuchung betroffenen Bereichen;
- b) die Stellungnahme in strafrechtlichen Vernehmlassungsverfahren;
- c) die Übertragung eines Falles an einen Oberstaatsanwalt, Staatsanwalt oder einen Substitut;
- d) den Entzug eines Falles bei einem Oberstaatsanwalt, Staatsanwalt oder Substitut, um diesen selber zu behandeln oder einem anderen Oberstaatsanwalt, Staatsanwalt oder Substitut zu übertragen.

Art. 7 Zuständigkeit des zentralen Amtes der Staatsanwaltschaft

Das zentrale Amt der Staatsanwaltschaft ist zuständig:

- a) für Fälle von besonderer Bedeutung, insbesondere von Wirtschafts- und Drogenkriminalität sowie des organisierten Verbrechens;
- b) im Bereich der Rechtshilfe;
- c) im Bereich der Gerichtsstandskonflikte.

Art. 8 Zuständigkeit des Oberstaatsanwalts und des regionalen Amtes der Staatsanwaltschaft

¹Unter Vorbehalt der Zuständigkeit des Generalstaatsanwalts wacht der Oberstaatsanwalt über den guten Gang seines Amtes und übernimmt die Verantwortung für seine administrative Führung. Er wacht über eine gleichmässige Verteilung der Arbeitslast zwischen den Staatsanwälten und

den Substituten seines Amtes und die Anwendung der Weisungen. Er ist zuständig für:

- a) die Instruktionen bezüglich der Akten seines Amtes;
- b) die Übertragung eines Falles an einen Staatsanwalt oder einen Substitut seines Amtes;
- c) den Entzug eines Falles bei einem Staatsanwalt oder einem Substitut seines Amtes, um diesen selber zu behandeln oder einem anderen Staatsanwalt oder Substitut seines Amtes zu übertragen.

²Er ist für die Aufsicht über die Staatsanwälte, die Substitute, die Sachbearbeiter und das administrative Personal seines Amtes verantwortlich.

³Das regionale Amt befasst sich mit Angelegenheiten, die nicht der Zuständigkeit des zentralen Amtes unterliegen.

Art. 9 Zuständigkeit des Substituten

¹Der Substitut ist zuständig für den Erlass von Strafbefehlen.

²Unter Einhaltung der unter Absatz 3 genannten Bedingungen kann der Generalstaatsanwalt, der Generalstaatsanwalt-Stellvertreter oder der Oberstaatsanwalt einem Substitut folgende Untersuchungs- und Vertretungshandlungen übertragen:

- a) die Einvernahme des Beschuldigten;
- b) die Einvernahme des Zeugen;
- c) die Einvernahme der Auskunftsperson;
- d) die Einvernahme der Privatklägerschaft und der geschädigten Person;
- e) die Einvernahme des Anzeigers;
- f) den Augenschein;
- g) die Anforderung von Akten, Berichten und Auskünften;
- h) die Hausdurchsuchungen, Durchsuchungen und Untersuchungen;
- i) die erkennungsdienstliche Erfassung, die Schrift- und Sprachproben;
- j) die Beschlagnahme;
- k) die Ausstellung der Vorladung, des Vorführungs- und Fahndungsbefehls in direktem Zusammenhang mit der übertragenen Beweiserhebung;
- l) die Vertretung der Staatsanwaltschaft in Fällen, welche in die Zuständigkeit des Bezirksrichters fallen.

³Diese Untersuchungs- und Vertretungshandlungen haben sich auf die Straftat zu beschränken, die das Verfahren ausgelöst hat. Der Substitut informiert den Generalstaatsanwalt, den Generalstaatsanwalt-Stellvertreter oder den Oberstaatsanwalt laufend.

⁴Die Übertragung der Beweiserhebung und der Vertretung der Staatsanwaltschaft an den Bezirksrichter kann nicht angefochten werden.

3. Abschnitt: Gerichte und andere Behörden

Art. 10 Zwangsmassnahmengericht

Das Zwangsmassnahmengericht ordnet die Untersuchungs- und Sicherungshaft an; es ist für die Anordnung oder Genehmigung der weiteren durch die Schweizerische Strafprozessordnung vorgesehenen Zwangsmassnahmen zuständig.

312.0

- 4 -

Art. 11¹ Zuständige Behörden im Bereich der Übertretungen

¹Der Bezirksrichter erkennt über die bundesrechtlichen und kantonrechtlichen Übertretungen, unter Vorbehalt der übertragenen Zuständigkeit an:

- a) die Staatsanwaltschaft;
- b) die durch die Spezialgesetzgebung bestimmte Verwaltungsbehörde.

²Mangels gegenteiliger Bestimmungen erkennt das Polizeigericht über kommunalrechtliche Übertretungen; das Gesetz über das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsrechtspflege ist anwendbar (Art. 38 Abs. 2).

³Ein Einzelrichter des Kantonsgerichts erkennt über Beschwerden, Berufungen und Revisionsbegehren wegen Übertretungen ergangener Urteile. Die Bestimmungen der Schweizerischen Strafprozessordnung, welche diese Rechtsmittel regeln, sind vorbehältlich einer anders lautenden Bestimmung anwendbar.

Art. 12 Erstinstanzliches Gericht

¹Das erstinstanzliche Gericht ist:

- a) das Bezirksgericht für Straftaten, die gemäss Bundesrecht dem Einzelrichter obliegen können;
- b) das Kreisgericht für die anderen Straftaten.

²Vorbehalten bleibt Artikel 11, der sich mit den einzelnen Zuständigkeiten im Bereich der Übertretungen befasst.

Art. 13 Beschwerdeinstanz

¹Beschwerdeinstanz ist ein Richter des Kantonsgerichts. In besonderen Fällen kann der beauftragte Richter den Fall vor die Strafkammer bringen.

²Die Mitglieder der Beschwerdeinstanz dürfen im Berufungsverfahren nicht in gleicher Sache wirken.

Art. 14 Berufungsinstanz

¹Das Kantonsgericht stellt die Berufungsinstanz dar.

²Ein Kantonsrichter kann bei Berufungen gegen Urteile der Bezirksrichter entscheiden, die als Hauptstrafe eine Busse, eine Geldstrafe, eine gemeinnützige Arbeit oder eine bedingte Freiheitsstrafe zum Inhalt haben, sofern eine vorausgehende bedingt erlassene Strafe nicht widerrufen wird. Der beauftragte Richter kann den Fall vor einen Gerichtshof bringen.

³In den übrigen Fällen untersteht die Berufung einem Gerichtshof des Kantonsgerichts.

4. Abschnitt: Rechtshilfe

Art. 15 Nationale Rechtshilfe

¹Die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Staatsanwaltschaften, den Übertretungsstrafbehörden und den Gerichten des Bundes und der Kantone ist durch die Bestimmungen des Bundesrechts geregelt.

²Unter Vorbehalt der Reziprozität sind diese Bestimmungen auf die Rechtshilfeverfahren bezüglich Straftaten des kantonalen Strafrechts anwendbar.

³Das zentrale Amt der Staatsanwaltschaft ist zuständig für:

- a) das Genehmigen, Ausführen oder Ausführenlassen von Verfahrenshandlungen, welche durch die Behörden eines anderen Kantons oder durch die Eidgenossenschaft angeordnet oder verlangt worden sind;
- b) den Empfang von Mitteilungen im Rahmen der Rechtshilfe.

⁴Die Verfahrenshandlungen, die in einem anderen Kanton als dem ersuchenden ausgeführt werden, unterliegen den spezifischen Regeln des ersuchten Kantons.

⁵Die Gerichtsurkunden, die nicht durch die Post zugestellt werden können, sind zwecks Zustellung direkt an das Kommando der Kantonspolizei zu adressieren.

Art. 16 Internationale Rechtshilfe

¹Das zentrale Amt der Staatsanwaltschaft ist für den Vollzug eines internationalen Rechtshilfegesuchs zuständig.

²Seine Entscheidungen werden allen direkt betroffenen Personen eröffnet und unterliegen der Beschwerde an die Beschwerdeinstanz.

³Im Übrigen sind die Bestimmungen des Bundesrechts anwendbar.

5. Abschnitt: Weitere für die Strafbehörden geltende Bestimmungen

Art. 17 Verfahrenssprache

¹Die Verfahrenshandlungen sowie die Verhandlungen können in gleicher Weise in deutscher oder französischer Sprache geführt werden.

²Demgegenüber wird das Verfahren vor den Polizeigerichten im Oberwallis in deutscher, dasjenige im Unterwallis in französischer Sprache geführt.

Art. 18 Berechnung der Fristen

Das Gesetz über die Rechtspflege bestimmt die als Feiertage anerkannten Tage.

Art. 19 Bearbeitung und Aufbewahrung der Daten

Die Bearbeitung und die Aufbewahrung der Daten nach Abschluss des Verfahrens werden durch das Bundesrecht und überdies wie folgt geregelt:

- a) durch das Gesetz über die Akten der gerichtlichen Polizei für die Akten der gerichtlichen Polizei;
- b) durch das Reglement betreffend die Archivierung der Gerichtsakten und durch das Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und die Archivierung.

3. Kapitel: Parteien und andere Verfahrensbeteiligte

1. Abschnitt: Im Allgemeinen

Art. 20 Parteistellung

¹Parteistellung kommt der beschuldigten Person, der Privatklägerschaft und während dem Haupt- und Rechtsmittelverfahren der Staatsanwaltschaft zu.

²Als Privatkläger sind ebenfalls zugelassen:

- a) eine Behörde oder eine Dienststelle, sofern ein Spezialgesetz ihr diese Fähigkeit zuerkennt;
- b) die öffentlichen Institutionen und Versicherer, die das Opfer entschädigt haben und im Besitze einer gesetzlichen oder vertraglichen Forderungsabtretung sind, sofern diese von der Straftat abgeleitete zivilrechtliche Ansprüche geltend machen.

Art. 21 Strafrechtliche Immunität

¹Die Mitglieder des Grossen Rates und des Staatsrates sowie die richterlichen Behörden dürfen ohne Bewilligung des Grossen Rates wegen Äusserungen, die sie vor dem Parlament, in einer Kommission oder in an ihn gerichteten Berichten machen, nicht verfolgt werden.

²Die Aufhebung der Immunität wird wie folgt geregelt:

- a) nur die mit der Anklage oder mit der Sache befasste Behörde darf beim Grossen Rat das Gesuch um Aufhebung der Immunität stellen;
- b) dem Entscheid des Grossen Rates geht ein Bericht der Justizkommission voraus; diese hört den Betroffenen und gegebenenfalls den Kläger an;
- c) der Grosse Rat beschliesst die Aufhebung der Immunität mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gültig abgegebenen Stimmen.

2. Abschnitt: Rechtsbeistand

Art. 22 Ausnahme vom Anwaltsmonopol

Im Rahmen der Verfahren wegen Übertretungen vor den Verwaltungsbehörden können sich die Parteien durch einen Rechtsvertreter vertreten lassen, der weder im kantonalen Anwaltsregister noch in der öffentlichen Liste der Anwälte der Staaten der europäischen Union eingetragen ist.

Art. 23 Anwalt der ersten Stunde

¹Wenn der Beschuldigte anlässlich der Anhörung durch die Polizei darum nachsucht, nimmt die mit der Untersuchung beauftragte Behörde Kontakt zum frei gewählten Anwalt oder gegebenenfalls zum anwaltlichen Bereitschaftsdienst auf.

²Alle im kantonalen Register oder im öffentlichen Register der Staaten der europäischen Union eingetragenen Anwälte sind gehalten, einen Bereitschaftsdienst, der von der Aufsichtsbehörde über die Anwälte beschlossen wird, zu gewährleisten.

³Der Staat garantiert dem Anwalt der ersten Stunde die Bezahlung seines Honorars zum Tarif des unentgeltlichen Rechtsbeistandes für seinen ersten Einsatz, wenn sich die verbeiständete Partei als zahlungsunfähig erweist.

⁴Die Aufsichtsbehörde über die Anwälte teilt den Behörden die Kontaktdaten der diensthabenden Anwälte mit.

4. Kapitel: Beweismittel

Art. 24 Einvernahmen

¹Das Gesetz über die Rechtspflege sowie das Gesetz über das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsrechtspflege bestimmen die Mitarbeiter, welche Einvernahmen vornehmen dürfen.

²Die Agenten der gerichtlichen Polizei sind nach Verfahrenseröffnung befugt, Zeugen einzuvernehmen.

Art. 25 Schutzmassnahmen

Die Verfahrensleitung kann alle Massnahmen anordnen, die ihr zum Schutz von Personen ausserhalb des Verfahrens angemessen erscheinen.

Art. 26 Sachverständige

Der Generalstaatsanwalt und das Kantonsgericht können eine Liste von Sachverständigen herausgeben, an welche die Untersuchungsbehörden und die Gerichte gelangen können.

5. Kapitel: Zwangsmassnahmen

Art. 27 Zuständigkeiten der Polizei

¹Insoweit das Bundesrecht die Polizei zur Vornahme von Zwangsmassnahmen berechtigt, kommt diese Berechtigung allen Mitgliedern der Polizei im Sinne von Artikel 4 des vorliegenden Gesetzes zu.

²Allerdings ist ausschliesslich der Dienstoffizier des Kommandos der Kantonspolizei zuständig für:

- a) die Anordnung einer Verlängerung der Untersuchungshaft aufgrund einer Übertretung von mehr als drei Stunden;
- b) die Anordnung der Observation an öffentlichen Orten.

Art. 28 Mithilfe der Öffentlichkeit bei der Fahndung - Belohnung

¹Wenn die Öffentlichkeit zur Fahndung aufgefordert wurde, kann die Verfahrensleitung bestimmen, jenen Personen eine Belohnung auszurichten, deren Mithilfe sich am Verfahrensende als nützlich erwiesen hat. Sie bestimmt gegebenenfalls den Betrag.

²Sie eröffnet dem für die öffentlichen Finanzen zuständigen Department ihren Entscheid, dem Helfer eine Belohnung zu gewähren. Gegen diesen Entscheid kann nicht Beschwerde geführt werden.

Art. 29 Haft - a) Untersuchungshaft und Sicherheitshaft

¹Wenn es medizinisch notwendig ist, kann die Direktion der Walliser Strafanstalten den inhaftierten Beschuldigten in einem Spital oder in einer psychiatrischen Klinik unterbringen. Gegebenenfalls informiert sie die Verfahrensleitung.

312.0

- 8 -

²Die Rechte und Pflichten der Inhaftierten, ihre Beschwerdemöglichkeiten, die Disziplinarmittel sowie die Aufsicht über die Haftanstalten werden durch die Spezialgesetzgebung am Ort der Institution geregelt.

Art. 30 b) Vorzeitiger Straf- und Massnahmenvollzug

Wenn die Verfahrensleitung dem Beschuldigten den vorzeitigen Straf- oder Massnahmenvollzug bewilligt, erstellt die Direktion der Strafanstalten den Vollzugsplan innert einer Frist von 60 Tagen seit Bewilligungsentscheid.

Art. 31 c) Ersatzmassnahmen

¹Wenn das Gericht eine Ersatzmassnahme anstelle der Haft anordnet, bestimmt es:

- a) den Polizeiposten des Kreises, in dem der Betroffene wohnt oder sich aufhält, wenn der Beschuldigte regelmässig bei einer Amtsstelle zu erscheinen hat;
- b) den zuständigen Arzt, nachdem dieser eingewilligt hat, wenn der Beschuldigte sich einer ärztlichen Behandlung zu unterziehen hat;
- c) den zuständigen Dienst oder die zuständige Institution mittels einer mindestens fünf Tage vor der Behandlung erteilten Vorinformation, wenn der Beschuldigte sich einer Kontrolle zu unterziehen hat.

²Im Widersetzungsfall ist das Gericht unverzüglich zu informieren.

Art. 32 Aussergewöhnliche Todesfälle

Die Ärzte sind verpflichtet, aussergewöhnliche Todesfälle unverzüglich den Strafbehörden zu melden.

Art. 33 DNA-Profil

¹Die Identifikationsmassnahmen mit Hilfe eines DNA-Profiles werden durch das Bundesgesetz über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekanntem oder vermissten Personen (DNA-Profil-Gesetz) geregelt.

²Die für die Zustimmung der Löschung zuständige Gerichtsbehörde im Sinne des Artikels 17 des DNA-Profil-Gesetzes ist der Präsident der Behörde, welche als letzte kantonale Instanz entschieden hat.

Art. 34 Geheime Überwachungsmassnahmen

Die durch die geheime Überwachung von Berufsgeheimnistägern gewonnenen Informationen, werden, um dieses Berufsgeheimnis zu schützen, unter der Leitung des Zwangsmassnahmengerichts aussortiert.

6. Kapitel: Vorverfahren

Art. 35 Anzeigepflicht

¹Jede Behörde, jeder Beamte, jedes Mitglied der Kantons- oder Gemeindepolizei ist verpflichtet, den zuständigen Behörden über jeden von Amtes wegen geahndeten Verstoß, von dem diese in Ausübung ihres Amtes Kenntnis erhalten haben, Anzeige zu erstatten und im Rahmen ihrer Kompetenz alle dringlichen und die Untersuchung fördernden Massnahmen

zu treffen.

²Die Sonderregelungen der Spezialgesetzgebung bleiben vorbehalten.

Art. 36 Einstellung, Nichteintreten und Sistierung

¹Die Einstellungs- und Nichteintretensverfügung sowie die Sistierung müssen genehmigt werden:

- a) für das zentrale Amt durch den Generalstaatsanwalt oder seinen Adjunkt;
- b) für die regionalen Ämter durch den Oberstaatsanwalt.

²Das Genehmigungsverfahren ist in einem internen Reglement oder durch Weisungen geregelt.

7. Kapitel: Besondere Verfahren

Art. 37 Genehmigung des Strafbefehls

¹Die Strafbefehle müssen genehmigt werden:

- a) für das zentrale Amt durch den Generalstaatsanwalt oder seinen Adjunkt;
- b) für die regionalen Ämter durch den Oberstaatsanwalt.

²Das Genehmigungsverfahren ist in einem internen Reglement oder durch Weisungen geregelt.

Art. 38 Verfahren wegen Übertretungen

¹Für bundesrechtliche Übertretungen ist das anwendbare Verfahren durch die Schweizerische Strafprozessordnung geregelt.

²Für kantonale Übertretungen ist das anwendbare Verfahren geregelt durch:

- a) die Schweizerische Strafprozessordnung vor einer richterlichen Behörde;
- b) das Gesetz über das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsrechtspflege vor einer Verwaltungsbehörde; vorbehalten bleibt die Schweizerische Strafprozessordnung im Bereich der Zwangsmassnahmen.¹

Art. 39 Nachträgliche Entscheide

¹Das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch bezeichnet die zuständigen Behörden, welche in Bezug auf das Übertretungsurteil nachträglich Entscheide fällen.

²Die Rechtsmittelverfahren gegen diese Entscheide sind:

- a) das Einspracheverfahren gegen den Strafbefehl, wenn der Staatsanwalt nach dem Bundesrecht zuständig ist;
- b) das Beschwerdeverfahren gegen Entscheide des Straf- und Massnahmenvollzugsrichters;
- c) das Berufungsverfahren, wenn der nachträgliche Entscheid anlässlich eines berufungsfähigen erstinstanzlichen Urteils ergeht.

312.0

- 10 -

8. Kapitel: Rechtsmittel

Art. 40 Legitimation zur Ergreifung von Rechtsmitteln

¹Der Oberstaatsanwalt oder der Staatsanwalt, der in erster Instanz am Verfahren beteiligt war, kann ein Rechtsmittel ergreifen.

²Die für die Übertretungen zuständige Verwaltungsbehörde kann kein Rechtsmittel ergreifen.

³Der Generalstaatsanwalt kann subsidiär immer ein Rechtsmittel ergreifen.

9. Kapitel: Verfahrenskosten und Entschädigungen

Art. 41 Rückgriff

¹Das für die kantonalen oder kommunalen Finanzen zuständige Departement ist zuständig, um auf Personen, welche die Strafjustiz missbraucht haben, Rückgriff zu nehmen (Art. 420 StPO).

²Das Gesetz über die Verantwortlichkeit der öffentlichen Gemeinwesen und ihrer Amtsträger bleibt vorbehalten.

Art. 42 Rückerstattung der Verfahrenskosten

¹Wenn der Bund die Verfahrensleitung an den Kanton übertragen hat, ist die letzte mit der Verfahrensleitung betraute Behörde dafür zuständig, die Rückerstattung der Kosten zu verlangen.

²Wenn ein vom Bund geleitetes Verfahren eingestellt wird, ist der Generalstaatsanwalt zuständig, die Rückerstattung der durch die Teilnahme des Kantons an der Untersuchung entstandenen ausserordentlichen Kosten zu verlangen.

10. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 43 Straf- und Massnahmenvollzug

Die für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständigen Behörden sowie das anwendbare Verfahren werden unter Vorbehalt der Bestimmungen der Schweizerischen Strafprozessordnung und des vorliegenden Gesetzes durch das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch bestimmt.

Art. 44 Subsidiäre Zuständigkeit

Für Entscheide und Massnahmen, die das vorliegende Gesetz nicht ausdrücklich einer bestimmten Behörde zuordnet, ist zuständig:

- a) der Staatsanwalt, wenn es um die Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs, die Leitung des vorbereitenden Verfahrens, die Verfolgung von Straftaten und die Anklageerhebung geht;
- b) das Zwangsmassnahmengerecht, wenn es um den Eingriff in die Grundrechte einer Person geht;
- c) der erstinstanzliche Gerichtspräsident oder die für die Übertretungen zuständige Behörde, wenn es um die Beurteilung aller strafbaren Handlungen geht;
- d) der Präsident der Beschwerdebehörde oder der Berufungsinstanz, wenn es um die Beurteilung einer Anfechtung geht;

- e) das Straf- und Massnahmenvollzugsgericht, der den Strafbefehl erlassende Oberstaatsanwalt, Staatsanwalt oder Substitut, oder das gemäss den Bestimmungen des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Strafgesetzbuch für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständige Departement, wenn es um den Vollzug eines Urteils geht.

Art. 45 Anpassung des kantonalen Rechts

Das kantonale Recht über den Strafprozess wird wie folgt angepasst:

- a) die dem Untersuchungsrichter zugewiesenen Zuständigkeiten obliegen dem Oberstaatsanwalt, dem Staatsanwalt oder dem Substitut;
- b) die Beschwerde- und Berufungsmittel beziehen sich auf die Beschwerde und die Berufung im Sinne der Schweizerischen Strafprozessordnung;
- c) jeder Verweis auf die kantonale Strafprozessordnung bezieht sich auf die entsprechende Bestimmung der Schweizerischen Strafprozessordnung.

Art. 46 Übergangsrecht

¹Die Bestimmungen des Übergangsrechts der Schweizerischen Strafprozessordnung sind analog auf die Verfolgung und die Beurteilung der kantonalrechtlichen Übertretungen sowie auf den Vollzug der Urteile anwendbar.

²Die Einzelheiten der Übergabe der hängigen Verfahren von den alten auf die neuen Strafbehörden werden durch eine gemeinsame Weisung des Kantonsgerichts und der Staatsanwaltschaft geregelt.

Art. 47 Änderung bisherigen Rechts

1. Das Gesetz über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten vom 28. März 1996 wird wie folgt geändert:

Art. 3 Immunität
Aufgehoben.

2. Das Reglement des Grossen Rates vom 13. September 2001 wird wie folgt geändert:

Art. 3 Aufhebung der Immunität
Aufgehoben.

3. Das Gesetz über das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsrechtspflege vom 6. Oktober 1976 wird wie folgt geändert:

Art. 28

Betreffend den Beweis sind subsidiär anwendbar:

- a) die Bestimmungen der Schweizerischen Zivilprozessordnung;
- b) die Bestimmungen der Schweizerischen Strafprozessordnung für ausgesprochene Strafverfügungen.

Art. 34h Sachliche Zuständigkeit

¹Die kantonale oder kommunale Gesetzgebung kann eine Verwaltungsbehörde mit der Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen beauftragen.

²Die zuständige Verwaltungsbehörde muss sich zugunsten der Untersuchungsbehörde am Begehungsort für unzuständig erklären:

- a) wenn sie aufgrund des Sachverhalts auf eine Straftat im Sinne eines Verbrechens oder Vergehens schliesst;

312.0

- 12 -

b) wenn der Fehlbare an Stelle einer Busse eine gemeinnützige Arbeit fordert;

c) wenn der Geschädigte seine Rechte im Strafverfahren geltend macht.
Art. 34i Verfahren

¹Die Schweizerische Strafprozessordnung ist für die Verfolgung und die Beurteilung einer bundesrechtlichen Übertretung anwendbar.

²Die Artikel 34j und folgende des vorliegenden Gesetzes sind auf die Verfolgung und die Beurteilung einer kantonalen Übertretung anwendbar.

Art. 34j Summarisches Verfahren a) Grundsatz

¹Strafverfügungen können ohne vorherige Anhörung des Beschuldigten in Form eines summarisch begründeten Strafbescheids ergehen, sofern:

a) der Sachverhalt sich als ausreichend abgeklärt erweist;

b) die strafbare Handlung mit einer Busse bis 5'000 Franken geahndet werden kann.

²Der Strafbescheid ist nicht gebührenpflichtig.

Art. 34k b) Einsprache - Berufung

¹Der Beschuldigte kann gemäss den Bestimmungen der Artikel 34a bis 34g gegen den Strafbescheid Einsprache erheben.

²Unterlässt er die Einsprache oder zieht er sie zurück, steht der Strafbescheid einem vollstreckbaren Urteil gleich.

³Einzig der Einspracheentscheid ist mit Berufung bei einem Richter des Kantonsgerichts anfechtbar.

Art. 34l Ordentliches Verfahren

Sind die Voraussetzungen für ein summarisches Verfahren (*Art. 34j* Abs. 1) nicht erfüllt, hat die Behörde nach den allgemeinen Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes oder der Sondergesetzgebung zu verfahren. Ihr Entscheid unterliegt der Berufung an einen Richter des Kantonsgerichts.

Art. 34m Berufungsverfahren

Die Schweizerische Strafprozessordnung regelt das Berufungsverfahren unter Vorbehalt nachfolgender Bestimmungen:

a) nur der Verurteilte kann Berufung einlegen;

b) die Berufungserklärung ist innert 30 Tagen nach Zustellung des Entscheides beim zuständigen Richter zu hinterlegen;

c) der zuständige Richter teilt der Verwaltungsbehörde die Berufungserklärung mit und gewährt ihr eine Frist zur Hinterlegung des Aktendossiers und Einreichung ihrer Bemerkungen, welche ihrerseits dem Berufungskläger unter Fristansetzung zur Stellungnahme mitgeteilt werden;

d) er vervollständigt die Untersuchung, wenn es ihm notwendig erscheint;

e) mit Einverständnis des Berufungsklägers entscheidet er ohne Verhandlungen;

f) er kann den Entscheid bestätigen oder mildern.

Art. 34n Bekanntmachung

Auf Gesuch hin kann jede sich über ein rechtmässiges Interesse ausweisende Person Kenntnis vom Dispositiv des Strafbescheids oder der Strafverfügung, gemäss den von der Verwaltungsbehörde festgelegten Modalitäten, erhalten.

4. Das Gesetz betreffend das Gehalt der Gerichtsbehörden vom 28. Mai 1980 wird wie folgt geändert:

(gegenstandslos geworden durch das Gesetz betreffend die Gehälter der Gerichtsbehörden und der Vertreter der Staatsanwaltschaft vom 10. September 2010; SGS/VS 173.12)

5. Das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch vom 14. September 2006 wird wie folgt geändert:

Art. 2 Richterliche und administrative Strafsachen

¹Mit der Anwendung des Bundesstrafrechts sind entweder richterliche Behörden (2. Kapitel) oder Verwaltungsbehörden (3. Kapitel) betraut.

²Die Urteile, Entscheide und Massnahmen, die weder das Bundesstrafrecht noch das vorliegende Gesetz ausdrücklich einer Behörde zuweisen, sind Sache:

- a) der Staatsanwaltschaft für die Verfolgung von Straftaten;
- b) der richterlichen Behörde für die Beurteilung von Straftaten;
- c) der Verwaltungsbehörde für den Vollzug der Urteile.

Art. 4 Verfolgende und urteilende Behörde

¹Die Zuständigkeit und das Verfahren für die Verfolgung und Beurteilung von Straftaten sind, vorbehältlich des Bundesrechts, im Gesetz über die Rechtspflege, im Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung und der ergänzenden kantonalen Gesetzgebung geregelt.

²Die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden zur Bestrafung von Übertretungen bleibt vorbehalten.

³Nach Anhörung der Direktion der kantonalen Strafanstalten kann die zuständige Untersuchungsbehörde bzw. der zuständige Bezirksrichter oder der Präsident der zuständigen richterlichen Behörde den vorzeitigen Antritt des Massnahmen- oder Strafvollzugs gestatten (Art. 58 Abs. 1 und 75 Abs. 2 StGB).

Art. 5 Abs. 1 Straf- und Massnahmenvollzugsrichter

¹Vorbehältlich der Zuständigkeiten, die das Bundesrecht ausdrücklich der Staatsanwaltschaft, dem urteilenden Richter, dem Revisionsrichter oder dem Richter der neuen Widerhandlung zuweist, ist der Straf- und Massnahmenvollzugsrichter für jeden gemäss Bundesstrafrecht einem rechtskräftigen Strafurteil folgenden Entscheid zuständig. Insbesondere hat er: Buchstaben a bis f unverändert.

Art. 8 c) Friedensbürgschaft

Das Verfahren und die Zuständigkeit im Bereich der Friedensbürgschaft (Art. 66 StGB) werden unbeschrieben eines Strafverfahrens in den Artikeln 372 ff. der Schweizerischen Strafprozessordnung geregelt.

Art. 9 d) Einziehung

Die Zuständigkeit und das Verfahren im Bereich der Einziehung (Art. 69 bis 72 StGB) werden unbeschrieben eines Strafverfahrens in den Artikeln 376 ff. der Schweizerischen Strafprozessordnung geregelt.

Art. 10 e) Rechte Dritter

Aufgehoben.

Art. 11 Verwendung zu Gunsten des Geschädigten

Die Zuständigkeit und das Verfahren der Gesuche des Geschädigten betreffend die Verwendung der eingezogenen Gegenstände und Vermögenswerte (Art. 73 StGB) zu seinen Gunsten werden durch Artikel 378 der Schweizerischen Strafprozessordnung geregelt.

Art. 12 g) Strafbefreiung

312.0

- 14 -

Aufgehoben.

Art. 13 h) Rechtshilfe

Aufgehoben.

Art. 16 Verfahren vor dem Straf- und Massnahmenvollzugsrichter

Das für die Entscheide des Straf- und Massnahmenvollzugsrichters anwendbare Verfahren wird durch das Bundesrecht geregelt (*Art. 364 et 365 StPO*).

Art. 17 b) vor einer anderen richterlichen Behörde

Aufgehoben.

Art. 20 Abs. 3 Dienststelle

³In den von der Staatsanwaltschaft oder vom Straf- und Massnahmenvollzugsrichter behandelten Fällen erteilt die Dienststelle von Amtes wegen oder auf entsprechendes Gesuch hin die erforderlichen Auskünfte und händigt die sachdienlichen Unterlagen aus.

Art. 21 Abs. 3 Direktion

³In den bei der Staatsanwaltschaft oder beim Straf- und Massnahmenvollzugsrichter anhängig gemachten Fällen erteilt die Direktion von Amtes wegen oder auf Gesuch hin die erforderlichen Auskünfte und händigt die sachdienlichen Unterlagen aus.

Art. 38 Abs. 1 Freiwillige soziale Betreuung

¹Indem er sich an einen Partner der Bewährungshilfe wendet, kann von der sozialen Betreuung profitieren:

a) der Angeschuldigte, der sich vor dem Urteil nicht in Untersuchungshaft befindet;

b) der Verurteilte, welcher seine Strafe im offenen Vollzug verbüsst.

Art. 48 b) nicht nach KVG versicherter Gefangener

¹Leistungen für einen nicht nach KVG versicherten Gefangenen gehen zu seinen Lasten, wenn sein Vermögen oder sein Arbeitsverdienst dies zulässt.

²In anderen Fällen werden die Heilungskosten getragen:

a) durch den die Untersuchungshaft anordnenden Kanton während deren Dauer;

b) gemäss den Bestimmungen des Konkordats der Kantone der lateinischen Schweiz über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen während des Vollzuges der Freiheitsstrafe, der Massnahme und der Verwahrung.

Art. 49 c) Zahnbehandlungskosten

¹Die Zahnbehandlungskosten, welche nicht zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung gehen, sind vom Gefangenen zu tragen, sofern sein Vermögen oder sein Arbeitsverdienst dies zulässt.

²In anderen Fällen werden die Zahnbehandlungskosten getragen:

a) durch den die Untersuchungshaft anordnenden Kanton während deren Dauer;

b) gemäss den Bestimmungen des Konkordats der Kantone der lateinischen Schweiz über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen während des Vollzuges der Freiheitsstrafe, der Massnahme und der Verwahrung.

Art. 59 Materielles Recht und Verfahrensrecht

¹Die Bestimmungen des Ersten Buchs des Strafgesetzbuchs, ausgenommen jene über die Umwandlung der Busse und über die gemeinnützige Arbeit, sind

für die Ahndung von Widerhandlungen gegen kantonales oder kommunales Recht anwendbar. Die besonderen Bestimmungen der kantonalen oder kommunalen Gesetzgebung bleiben vorbehalten.

²Das Verfahren wird von der Schweizerischen Strafprozessordnung und ihrer Einführungsgesetzgebung geregelt.

6. Das Gesetz über die Akten der gerichtlichen Polizei vom 28. Juni 1984 wird wie folgt geändert:

Art. 3a Vernichtung von Daten

¹Die Daten der gerichtlichen Polizei werden soweit erforderlich von Amtes wegen vernichtet:

- a) aufgehoben;
- b) bei Ablauf der für die Strafklage geltenden Verjährungsfrist;
- c) nach dem Tod der betroffenen Person;
- d) in Übereinstimmung mit den Grundsätzen, welche die Entfernung der Einträge, welche im Strafregister infolge Verurteilung enthalten sind, betreffen.

²Aufgehoben.

³Der Entscheid des Polizeikommandanten betreffend die Vernichtung von Daten kann innert 30 Tagen seit Zustellung an den Präsidenten der Strafkammer weitergezogen werden, welcher als letzte kantonale Instanz entscheidet. Das Verfahren findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt; überdies sind die Bestimmungen über die Beschwerde gemäss der Schweizerischen Strafprozessordnung anwendbar.

⁴Anlässlich der Vernichtung muss die Polizei unverzüglich alle Behörden und Organe, an welche die Daten übermittelt wurden (Art. 10) orientieren und diese zur Löschung derselben auffordern.

Art. 5 Abs. 4 Auskunftsrecht nach Abschluss des Strafverfahrens a)
Grundsatz

⁴Wenn die Person, welche Auskunft verlangt, Gegenstand einer Voruntersuchung oder eines Strafverfahrens bildet, welches von der Staatsanwaltschaft oder der zuständigen Behörde eines anderen Kantons, des Bundes oder eines ausländischen Staats angeordnet wurde, wird ihr Recht von der auf sie anwendbaren Strafprozessordnung geregelt.

Art. 10 Abs. 2 Empfänger

²Unter der Verantwortung des Kommandanten der Kantonspolizei können Auskünfte erteilt werden an:

- a) den Chef des Verwaltungs- und Rechtsdienstes des Departements für Sicherheit und Institutionen insoweit es erforderlich ist für den Straf- und Massnahmenvollzug, die Ausführung der Schutzaufsicht und die Vorbehandlung der Begnadigungsgesuche;
- b) den Chef der kantonalen mit der Fremdenpolizei beauftragten Dienststelle für den Vollzug der gesetzlichen Vorschriften des Bundes;
- c) den Chef der kantonalen mit den Einbürgerungen beauftragten Dienststelle für den Vollzug der gesetzlichen Vorschriften des Bundes;
- d) den Chef der kantonalen Dienststelle für den Strassenverkehr im Rahmen der Zulassung der Personen im Strassenverkehr;
- e) den Direktor der Strafanstalten im Rahmen des Straf- und Massnahmenvollzuges;

312.0

- 16 -

- f) den Direktor der kantonalen Ausgleichskasse für den Vollzug der gesetzlichen Vorschriften des Bundes;
 - g) den Chef der kantonalen mit dem Militärwesen beauftragten Dienststelle für den Vollzug der gesetzlichen Vorschriften des Bundes;
 - h) den Chef des Personalamtes für die Anstellung von Bewerbern für gewisse Stellen im öffentlichen Dienst. Das Reglement bezeichnet diese Stellen und bestimmt die Bedingungen;
 - i) die Untersuchungskommission des Grossen Rates in Anwendung von Artikel 133 des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten;
 - k) den zuständigen Departementsvorsteher betreffend einen Beamten, der eine heikle Position bekleidet, indem er als Experte oder im Zusammenhang mit der Jugend tätig ist.
7. Das Gesetz über die Kantonspolizei vom 20. Januar 1953 wird wie folgt geändert:

Art. 7 Anforderungsrecht

Das Recht, die Hilfe der Kantonspolizei anzufordern, steht zu:

- a) in Gerichtssachen:
 - dem Richter beziehungsweise dem Präsidenten des Gerichtshofs;
 - der Staatsanwaltschaft;
- b) in Verwaltungssachen:
 - dem Staatsrat;
 - dem Vorsteher des Departements für Sicherheit;
 - den Regierungsstatthaltern.

Art. 24 Hausdurchsuchung

Die Angehörigen der Kantonspolizei können im Interesse einer Untersuchung zu jeder Zeit Lokalitäten betreten, welche dem Publikum offen stehen, wie Werkstätten, Läden, Garagen, Kinos.

In Betrieben, die dem Berufsgeheimnis unterstehen, kann dies nur mit Erlaubnis der Staatsanwaltschaft geschehen, ausgenommen bei Ertappen auf frischer Tat.

8. Die Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei vom 1. Oktober 1986 wird wie folgt geändert:

Art. 10 Abs. 3 Zuständigkeitsbereich

³In gerichtspolizeilichen Angelegenheiten untersteht die Kantonspolizei der Verfahrensleitung. Ist ein Mitglied der Kantonspolizei in ein Strafverfahren verwickelt, bestimmt der Oberstaatsanwalt die polizeilichen Sachbearbeiter.

Art. 24 Abs. 1 Personendurchsuchung

¹Jeder Polizeibeamte kann aus Gründen der Sicherheit Personen gemäss den Bestimmungen der Schweizerischen Strafprozessordnung durchsuchen, die:

- a) zwecks Vorführung vor die Verfahrensleitung verhaftet oder festgenommen worden sind;
- b) verdächtigt werden, ein Verbrechen oder Vergehen begangen zu haben und noch im Besitze des Diebesgutes oder der Tatwerkzeuge zu sein;
- c) verdächtigt werden, Waffen auf sich zu tragen;
- d) zur Personenfeststellung zurückgehalten werden zwecks näherer Überprüfung.

Art. 48 Schlussbestimmungen

¹ Alle dem vorliegenden Gesetz widersprechenden Bestimmungen sind aufgehoben, namentlich:

- a) die Strafprozessordnung des Kantons Wallis vom 22. Februar 1962;
- b) das Gesetz betreffend den Beitritt des Kantons Wallis zum Konkordat über die Rechtshilfe und die interkantonale Zusammenarbeit in Strafsachen vom 11. November 1993.

² Das vorliegende Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

³ Der Staatsrat ist für den Vollzug des vorliegenden Gesetzes zuständig und erlässt die Ausführungsbestimmungen zu den Verordnungen des Bundesrates zur Anwendung der Schweizerischen Strafprozessordnung.

⁴ Er setzt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes fest.

So angenommen in zweiter Lesung im Grossen Rat in Sitten, den 11. Februar 2009.

Der Präsident des Grossen Rates: **Paul-André Roux**
Der Chef des Parlamentsdienstes: **Claude Bumann**

Titel und Änderungen	Veröffentlichung	Inkrafttreten
¹ Fassung gemäss Ziff. IV des Gesetzes zur Änderung des geltenden Rechts betreffend die Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen des kantonalen und kommunalen Rechts und die Verhängung von Ordnungsbussen vom 13.09.2012	GS/VS 2010, 72 Abl. Nr. 39/2012	1.01.2011 1.01.2013